Zweite Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 7. Mai	Nr. 591

Der Führer in Dresden.

Dresden, 7. Mai. Der Führer stattete am Mittwoch der Stadt Dresden einen Besuch ab und unternahm in Begleitung des Reichsstatthalters und Gauleiters Mutschmann, des SA-Gruppenführers Schepmann, der Brigadeführer Berfelmann und Schlegel und seines persönlichen Stabes auf dem Dampfer „Hindenburg" eine Besichtigung der Dresdener Elbufer und eine Fahrt ins Elbsandsteingebirge nach Schandau. Auf der ganzen Fahrt wurden dem Führer aus der Bevölkerung spontane Begeisterungsstürme entgegengebracht.

Ernennung im polnischen Außenministerium.

Warschau, 6. Mai. Der polnische Staatspräsident hat auf Antrag des Außenministeriums den bisherigen polnischen Gesandten in Stockholm, Antoine Roman, zum zweiten Staatssekretär im Außenministerium ernannt. Bisher gab es nur einen Staatssekretär des Außenministeriums, den Grafen Szembek.

Die Lage der polnischen Minderheit in Litauen.

Warschau, 6. Mai. Auf neue Bedrückungen der Polen in Litauen weist die halbamtliche Agentur Iskra unter Aufzählung von Fällen hin, in denen Angehörige der polnischen Minderheit in Litauen gerichtlich bestraft wurden, weil sie polnischen Unterricht erteilten. Die Bedrückung der polnischen Bevölkerung in Litauen beschränke sich nicht auf die Verhaftung einzelner Polen und auf die Auflösung polnischer Bildungsstätten, sondern richte sich auch gegen die religiösen Gefühle der polnischen Minderheit. Als Beweis dafür wird die Ernennung eines litauischen Geistlichen in einer Gemeinde angeführt, die zu 80 v. H. aus Polen besteht.

Zusammenfassend schreibt Iskra, den Polen in Litauen habe das Agrarreformamt das Land genommen. Die militärischen Kommandanten hätten ihre Bildungsstätten und Schulen geschlossen, und jetzt nehme man ihnen auch noch die Gottesdienste in ihrer eigenen Sprache. Wenn man die Lage der Litauer in Polen mit dem Schicksal der Polen in Litauen vergleiche, so drängten die Schlußfolgerungen sich von selbst auf.

Auch der Zinsfuß französischer Schatzbonds erhöht.

Paris, 6. Mai. Auf Grund der Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von Frankreich wird auch der Zinssatz der Schatzbonds (von über 3 Monate bis 1 Jahr) ab Donnerstag von 5 auf 6 v. H. erhöht. Der Satz der Bonds der nationalen Verteidigung, die von der Teilnahme- und Konsignationskasse ausgegeben sind, wird von 5½ auf 6¼ v. H. erhöht.

Was die französischen Kommunisten wünschen.

Paris, 7. Mai. In einer Pressebesprechung der Kommunistischen Partei Frankreichs machte Generalsekretär **Thorez** vor französischen und ausländischen Pressevertretern Erklärungen über die Auswirkungen des Wahlsieges der Volksfront und über die Haltung der Kommunistischen Partei.

Die Partei, so erklärte Thorez, sei bereit, zu handeln, „auf daß sich die ganze Hoffnung erfülle". Das französische Volk habe vor allem seinen Willen zeigen wollen, den Frieden aufrechterzuhalten. Thorez legte das Wahlergebnis dahin aus, daß sich das französische Volk zu Gunsten derjenigen ausgesprochen habe, die die Wirtschaftskrise eindämmen, Arbeit für alle sichern und den Frieden verteidigen wollten. Das Volk sei nun gegen diejenigen, die es unterdrückten, und gegen die Bünde. Es sei für ein starkes, freies und glückliches Frankreich.

Nach diesen tönenden Worten kam Thorez auf das Programm der Volksfront zu sprechen. Die Kommunisten verlangten vor allem die Verwirklichung der Forderung, daß die Reichen zahlen sollten. Zu diesem Zweck würden die Vertreter der Kommunistischen Partei sofort nach Zusammentritt der Kammer eine Gesetzesvorlage einbringen, die eine außerordentliche und gestaffelte Abgabe für die großen Vermögen vorsehe. Es handele sich dabei nicht um eine Enteignung. Diese Vermögensabgabe könne das Gleichgewicht des Budgets und die Stabilität des Franken sichern.

Außerdem werde die kommunistische Partei die Abstimmung über einen großen Arbeitsplan anregen. Eine Reihe weiterer schöner Versprechungen stellte u. a. Erhöhung der Löhne, Einführung der 40-Stunden-Woche, Gutmachung der durch die Notverordnung verursachten „Ungerechtigkeiten" und Fürsorgemaßnahmen für die Familie in Aussicht. Ferner werde die Kommunistische Partei die Ernennung einer Kommission verlangen, deren Herkunft gewisser Vermögen verlangen. Die Bünde, die nach dem 6. Februar entstanden seien, würden sofort aufgelöst werden.

Auf das außenpolitische Gebiet übergehend, sprach sich Thorez, zu Gunsten einer Politik des Friedens und der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes auf Grund von gegenseitigen Beistandspakten aus, ähnlich jenem, der zwischen Frankreich und Sowjetrußland unterzeichnet worden sei.

Wie sich die Kommunisten die Mitarbeit an der französischen Demokratie vorstellen, ging aus den weiteren Aeußerungen von Thorez hervor. Er erklärte, die Sozialistische Partei habe die Aufgabe, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs zu übernehmen, wobei ihr die Unterstützung der Kommunistischen Partei gewährt werden werde. Die Kommunisten würden jedoch an einer Regierung der Volksfront selbst nicht teilnehmen. Denn als Partei der Arbeiterklasse, die sie vom „Joch des Kapitals" befreien wolle, werde sie den geeigneten Augenblick abwarten, wo diese „Befreiung" möglich sein werde.

Bis dahin würden sie die Demokratie mit allen Mitteln unterstützen, um den Frieden und die Freiheit zu sichern. Außerdem würden sie über den Zusammenhalt der Volksfront im ganzen Lande wachen. Zu diesem Zweck wollten die Kommunisten Komitees der Volksfront wählen lassen, die eine Einigung Frankreichs verfolgen sollten. Zum Schluß überraschte Thorez noch durch die Erklärung, daß die Kommunistische Partei ihre Hand den Feuerkreuzlern, den nationalen Freiwilligen und den katholischen Arbeitern hinstrecke, um gemeinsam für die Größe und die Zukunft Frankreichs zu kämpfen.

Im Anschluß hieran beantwortete der kommunistische Abgeordnete **Duclos** verschiedene Fragen der Pressevertreter, so beispielsweise über die Unabhängigkeit der französischen Kommunistischen Partei von Moskau, und erklärte, daß die französischen Kommunisten in völliger Freiheit ihre Politik bestimmten. Außerdem sprach er sich zu Gunsten des Wahlrechts der Frauen aus und erklärte, daß die Vermögensabgaben erst bei einem Vermögen von über 500 000 Francs begännen würden. Eine andere dringende Reform sei die des Steuersystems, an eine Einheitssteuer und fortschreitende Vermögenssteuer anstelle der 150 jetzt bestehenden Steuern gesetzt werden solle.

Zu den Militärkrediten nahm nochmals Generalsekretär **Thorez** das Wort und erklärte, bisher hätten die Kommunisten Militärkredite nicht bewilligt, weil es sich um eine politische Abstimmung handelt habe, sondern würden sie aber wahrscheinlich einer Regierung der Volksfront die Militärkredite zubilligen.

Nationalrat der Sozialistischen Partei einberufen.

Paris, 7. Mai. Der ständige Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei hat beschlossen, den Nationalrat, d. h. den kleinen Parteitag, auf Sonntag einzuberufen.

Französische Ratschläge für Mussolini.

Paris, 6. Mai. Der Außenpolitiker des **Paris Soir**, Saurewein, beschäftigt sich mit der Rede Mussolinis und hält es für angebracht, dem Duce einige „gutgemeinte" Ratschläge zu geben.

Wenn Mussolini, so schreibt er, mit dem Ausspruch „Abessinien ist italienisch" gemeint habe, daß Italien nunmehr ganz Abessinien einfach annektieren werde, so würde er die Aufgabe Fiandins in Genf sicherlich nicht erleichtern.

England habe soeben eine bittere Pille geschluckt; aber wenn Mussolini es nicht auch noch die ganzen Auswirkungen seines Eroberungsfeldzuges spüren lassen wolle, so werde er auf hartnäckigen Widerstand der englischen öffentlichen Meinung stoßen. Es sei von außerordentlicher Wichtigkeit, daß der Duce nicht versuche, seinem Sieg auch noch einen Prestigeerfolg anzuschließen.

Der französische Botschafter sei bereits beauftragt worden, einen Schritt bei Mussolini zu unternehmen, um ihm die Ansicht Frankreichs über die Friedensbedingungen mitzuteilen. Nur etwas Vorsicht und ein wenig guter Wille seien notwendig, um den abessinischen Konflikt endgültig zu regeln. Es genügten aber auch nur wenige unangebrachte Worte, um Europa und besonders Italien in eine sehr gefährliche Lage zu bringen.

Auch der **Intransigeant** stößt sich an der Erklärung Mussolinis, daß Abessinien nunmehr italienisch sei. Frankreich habe nie behauptet, daß Marokko oder Tunis französisch sei, und Marschall Lyautey habe vor dem Sultan der die nationale Einheit Marokkos verförpere, stramm gestanden. Bevor die Friedensverhandlungen eröffnet würden, müsse man daher erst einmal die notwendige psychologische Atmosphäre schaffen. Da es keinen italienisch-abessinischen Krieg mehr gebe, müsse nunmehr auch der Krieg zwischen Italien und dem Völkerbund eingestellt werden. Der römische Friede könne und müsse der europäische Friede werden.

Das unruhige Spanien.

Madrid, 6. Mai. Anläßlich des Eisenbahner- und Generalstreiks in Valladolid sind am Mittwoch die Eisenbahnarbeiter der Nordbahn in den Sympathiestreik getreten. Da sich der Eisenbahnerstreik auch auf die übrigen Stationen der Nordlinie ausdehnt, ruht der Personen- und Güterverkehr. In Madrid konnte am Mittwoch kein Zug ausfahren.

In Cadiz erklärten die marxistischen und syndikalistischen Gewerkschaften „bis auf weiteres" den Generalstreik. In der Stadt ruht der gesamte Verkehr. Auch die städtischen Beamten und die Arbeiter des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes haben die Arbeit niedergelegt. Gruppen marxistisch organisierter Frauen zwingen die Dienstmädchen in den Privathäusern, sich dem Streik anzuschließen.

In Santander wurde ein Angehöriger der Faschistischen Partei von Kommunisten überfallen und lebensgefährlich verletzt. In dem in der Nähe von Santander liegenden Dorfe Astillero erschienen fünf Pistolenschützen vor einem Kaffeehaus und gaben auf die Gäste zahlreiche Schüsse ab. Fünf von ihnen, darunter der Bürgermeister des Ortes, erlitten schwere Verletzungen.

In Valero bei Granada geriet eine Gruppe Marxisten mit Mitgliedern der Linksrepublikanischen Partei in Konflikt. Es entbrannte sich eine Schießerei, in deren Verlauf eine Person getötet und eine andere lebensgefährlich verletzt wurde.

47 Tote in Spanien in 14 Tagen.

Madrid, 7. Mai. Am Mittwoch Abend wurde im spanischen Parlament von den Rechtsparteien eine Aussprache über die Ursachen der Unruhe der Kommune während der letzten Tage, insbesondere über den Kirchensturm in Madrid, herbeigeführt.

Der monarchistische Abgeordnete Calvo **Sotelo,** der bereits vor vierzehn Tagen eine erschütternde Rede über die Ausschreitungen des Marxismus in Spanien bekanntgegeben hatte, ergriff zuerst das Wort und sagte:

Danach haben in den letzten vierzehn Tagen wieder 38 Streiks, 53 Bombenanschläge und 99 Ueberfälle stattgefunden. 52 Gebäude, zum größten Teil Kirchen, wurden niedergebrannt, 47 Personen wurden getötet, 261 Personen teils leicht, teils schwer verletzt. Calvo Sotelo forderte die Regierung auf, durch rücksichtslose Entwaffnung der Parteiorganisationen von links und rechts der Anarchie ein Ende zu bereiten.

Der Innenminister Casales **Duiroqa** erklärte auf verschiedene Fragen der Opposition, daß die Regierung das Opfer gewissenloser Unruhestifter sei. Sie wisse zwar vorläufig nicht, wo diese zu suchen seien, werde aber alles aufbieten, um sie unschädlich zu machen. Man versuche, durch Verbreitung von Schauermärchen und Gerüchten eine Panikstimmung im Volke zu erzeugen. Die Schuldigen seien „selbstverständlich nicht auf der Linken", sondern in einem anderen Lager. Er habe kürzlich einen Offizier verhaften lassen, in dessen Wohnung eine Reihe von Dum-Dum-Geschossen gefunden worden sei, die dieser wahrscheinlich zum Kampf gegen politische Gegner habe verwenden wollen.

Britischer Reichsverteidigungsausschuß zusammengetreten.

London, 7. Mai. Der britische Reichsverteidigungsausschuß ist am Donnerstag vormittag zusammengetreten. Unter den Anwesenden befanden sich Außenminister Eden, Schatzkanzler Neville Chamberlain, der Präsident des Geheimen Staatsrates, MacDonald, und der Verteidigungsminister Sir Thomas Inskip.

Mannschaftsmangel in der englischen Luftmacht.

London, 7. Mai. Kriegsminister Duff Cooper machte in einer Rede die aufsehenerregende Mitteilung, daß von der planmäßigen Zahl von 11 000 Mann, die für die Luftverteidigung des Mutterlandes gebraucht würden, noch immer 7000 Mann fehlten.

Herzog für Aufrechterhaltung der Sühnemaßnahmen.

London, 7. Mai. Der südafrikanische Ministerpräsident, General Herzog, erklärte am Mittwoch im südafrikanischen Parlament, der Vertreter Südafrikas in Genf sei angewiesen worden, auf der Ratstagung alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Wahrnehmung des Ansehens des Völkerbundes notwendig sein sollten.

Trotz des Verlangens der Sühnemaßnahmen in Abessinien sei es zu früh, Sanktionen überhaupt als Aufhebungsmaßnahmen zu betrachten. Wenn der Völkerbund seinen Pflichten treu bleiben wolle, so müsse er die Sanktionspolitik aufrechterhalten, und zwar, wenn nötig, sogar auf Jahre hinaus. Italien würde schließlich doch zum Nachgeben gezwungen werden. Keine Nation in Europa könne auf die Dauer den Druck von Sühnemaßnahmen aushalten.

Auch General Smuts unterstützte den Gedanken der Sanktionspolitik. Die Sühnemaßnahmen gegen Italien müßten wenigstens fortgesetzt werden, falls es nicht gelänge, sie zu verstärken.

Der Negus in Suez.

London, 7. Mai. Der britische Kreuzer „Enterprise", auf dem sich der Kaiser von Abessinien befindet, traf am Donnerstag in Suez ein. Dem Kriegsschiff wurde der sofortige Eintritt in den Kanal gestattet. Besucher wurden nicht an Bord gelassen.

Der Kaiser wird am Freitag, von Haifa kommend, in Jerusalem erwartet. Wie verlautet, sind zu seinem Empfang keine besonderen Feierlichkeiten vorgesehen.

Truppenparade in Sofia.

Sofia, 6. Mai. Anläßlich des militärischen Ordens- und Siegesfestes fand am Mittwoch im Beisein des Königs, des Prinzen Cyril, der Regierungsmitglieder und der Spitzen der Behörden sowie des Diplomatischen Korps eine große Truppenparade statt. Der König, der einer Reihe verdienter Generale hohe Ordensauszeichnungen verlieh, war Gegenstand herzlicher Kundgebungen seitens einer großen Volksmenge, die dem militärischen Schauspiel beiwohnte.

Abessinien das warnende Beispiel.

Belgrad, 6. Mai. Das offiziöse Vreme weist in einem Leitartikel darauf hin, daß die Konferenzen der Balkanpakt-Mächte und der kleinen Entente, die jetzt, Belgrad stattfinden, gerade in eine Zeit fielen, in der ein schwacher, unabhängiger Staat untergehe. Die Umstände, unter denen sich die Tragödie des letzten unabhängigen afrikanischen Staatswesens erfülle, sei eine Mahnung für alle diejenigen, die ihren Stärke nach Abessinien gleichständen. Es sei auf internationalen Konferenzen häufig vorgekommen, den wahren Sinn und die Bedeutung der Beschlüsse festzustellen.

Das Blatt glaubt, daß es anläßlich der jetzigen Belgrader Konferenzen gerade deshalb nicht zu leeren Beschlüssen kommen werde, weil das zeitliche Zusammenfallen dieser Konferenzen mit der abessinischen Tragödie eine Parallele ergebe, die als laute Mahnung dienen müsse. In einer Zeit, in der gewisse Großmächte das Recht der Unterjochung der Schwächeren proklamierten, müsse das größte gemeinsame Interesse, die Verteidigung des Bestandes, allen anderen vorangehen.

Die Autonomiebestrebungen der Inneren Mongolei.

Peiping, 6. Mai. An der Pailingmiao-Konferenz nehmen nicht nur die Vertreter der Provinz Tschachar, sondern auch Vertreter der Provinzen Suiyuan und Ningchia teil. Es handelt sich um eine Konferenz der selbständigen Regierungsausschüsse der Inneren Mongolei, die den Anspruch erhebt, als gesetzliche Vertretung der gesamten Inneren Mongolei im Rahmen der Chinesischen Republik auf Grund des von der Nanfinger Regierung gebilligten Autonomiestatuts vom Jahre 1934 zu gelten.

Die Berichte der halbamtlichen Nanfinger Central News Agency lassen jedoch erkennen, daß die Zentralregierung dieser Entwicklung entgegenarbeitet, wenn sie das Autonomiestatut auch noch nicht offiziell aufgehoben hat. Die Nanfinger Regierung ist offenbar bestrebt, anstelle einer Gesamtvertretung der Inneren Mongolei einzelne, auf die verschiedenen Provinzen beschränkte Autonomieausschüsse zu setzen, wie dies für die Mongolen der Provinz Suiyuan bereits geschehen ist. Die Pailingmiao-Konferenz wurde daher aufgefordert, ihre Beratungen in die Provinz Tschachar zu verlegen und die Arbeiten auf die Angelegenheiten der Inneren Mongolei zu beschränken.

Die Pailingmiao-Regierung erklärt, daß die Konferenz die Nanfinger Forderungen abgelehnt habe. Sie beschloß ferner, die Zentralregierung aufzufordern, die im Jahre 1934 verbrieften Rechte anzuerkennen.

Sowjetfahne auf Oberstem Bundesgericht der USA.

Washington, 7. Mai. Den Einwohnern der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington bot sich am Donnerstag morgen ein ungewöhnlicher Anblick. Eine riesige rote Kommunistenflagge mit Hammer und Sichel flatterte über dem neuen Marmorgebäude des Obersten Bundesgerichts.

Erst nach 1½stündiger angestrengter Arbeit gelang es der Polizei und der Bundesgerichtswache, die Fahne von dem 25 Meter hohen Mast, an dem sie fest verknotet war, herunterzuholen. Am Fuße des Fahnenmastes fand die Polizei eine Nummer des „Lampoon", des Witzblattes der Harvard-Universität, die einen Artikel mit der Ueberschrift „Wieder mit dem Kapitalismus" enthielt. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen schlechten Scherz eines Harvard-Studenten handelt.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.